

Vertraulich/Confidentiel

Bern, 29. November 1990

NATIONALRAT

Kommission für Auswärtige Angelegenheiten

PROTOKOLL

der Sitzung vom 29. November 1990,
07.00 - 08.00 Uhr
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG

Schlussfolgerungen der Kommission im Anschluss an das
Seminar bei den EG vom 12. - 14. November 1990 in
Brüssel

ORDRE DU JOUR

Conclusions de la Commission à la suite du séminaire
auprès des CE du 12 au 14 novembre 1990 à Bruxelles

TEILNEHMER

Präsidium: Bundi

Anwesende Mitglieder: Auer, Bäumlín, Burckhardt,
Dietrich, Caccia (ersetzt Grassi), Gündelmeier,
Mühlemann, Portmann, Wyss Paul

Entschuldigt: Bär, Bircher, Cevéy, Euler, Frey
Walter, Loretan, Petitpierre, Rohrbasser, Rychen,
Segmüller, Segond, Déglise (ersetzt Zbinden Paul),
Ziegler

Kommissionssekretariat: Louis Magnin

Protokoll: Michel Broccard

Schlussfolgerungen der Kommission im Anschluss an das Seminar bei den EG vom 12. - 14. November 1991 in Brüssel

Präsident: Ich stelle den Bericht über unser Seminar in Brüssel zur Diskussion.

(Der Bericht wird seitenweise durchgegangen, einzelne Formulierungsänderungen werden beschlossen)

Präsident: Somit haben wir den Bericht genehmigt. Herr Wyss schlägt vor, unser Pressecommuniqué von Brüssel dem Bericht beizulegen. - Keine Einwände.

Mühlemann: Nach der Rückkehr von Brüssel hatte ich ein ausgezeichnetes Gefühl und den Eindruck, wir hätten sinnvolle Arbeit geleistet. Wir hatten aber praktisch kein Echo. Hatten Sie die Gelegenheit, in Ihren Fraktionen zu rapportieren? Haben die beiden betroffenen Departemente oder das BAWI von unserem Seminar Kenntnis genommen? Hat die Presse unser Communiqué veröffentlicht? - Nicht einmal die "Neue Zürcher Zeitung" brachte es. Dafür konnte man in den Zeitungen gewisse manchmal fragwürdige Stellungnahmen von Journalisten aus Brüssel lesen. Ich fühle mich frustriert. An der Orientierung des Bundesrates heute nachmittag haben wir nicht einmal das "droit d'évocation". Ich frage mich, ob nicht die beiden Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen beim Bundesrat vorsprechen sollten. Wir müssen uns überlegen, wie wir unsere Arbeit besser bekanntmachen können.

Präsident: Ich konnte meine Fraktion orientieren. Auch ich war enttäuscht, dass die "Neue Zürcher Zeitung" nur nachträglich ein kleines Communiqué veröffentlichte.

Ich schlage Ihnen vor, dass eine kleine Delegation unserer Kommission bei den beiden Bundesräten vorstellig wird. Wir könnten die Bundesräte Felber und Delamuraz bitten, eine Stunde dafür zu reservieren.

Frau Grendelmeier: Wir sollten vermehrt mit der Presse zusammenarbeiten und nicht nur die Presse orientieren, die ohnehin über unsere Arbeit berichtet, sondern auch Regional- und sogar Lokalzeitungen. Diese Zeitungen sollen dann im Regionalteil über unsere Arbeit schreiben, denn nur dieser wird gelesen. Wenn wir bei einer Abstimmung Erfolg und kein zweites Uno-Debakel haben wollen, muss die Information jetzt beginnen. Man muss den Leuten Geschichten erzählen über Europa, über den EWR. In diesem vor Druckerschwärze tiefenden Telexdeutsch abgegebene abstrakte Formulierungen liest kein Mensch. Die Leute wissen nichts.

Die Europarat-Delegation hat damit schon begonnen. "Construire", eine Zeitung, die Geschichten erzählt, brachte einen langen Artikel. Vieles im Europarat geht auf Ideen von Peter Sager und der Schweizer Delegation zurück. Letztlich ist es Peter Sagers Verdienst, dass Ungarn Mitglied des Europarates geworden ist. Davon weiss man aber nichts.

Wyss Paul: Wir sollten den Bericht den andern Kommissionen, die mit Europa zu tun haben, zustellen.

Die Information muss natürlich weitergehen. Die beiden vom Bundesrat angestellten und für Europa Zuständigen sind bisher noch recht wenig in Erscheinung getreten. Wir müssen uns fragen, wie die Information verbessert werden kann.

Präsident: Wir können die Information über unsere Arbeit verbessern, wenn wir den Bericht nicht nur an die Mitglieder des Nationalrates abgeben, sondern auch an die Presse, die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten und die Aussenwirtschaftskommission des Ständerates sowie die Mitglieder des Ständerates, die in der EFTA-Delegation und der Delegation für die Beziehungen zum Europäischen Parlament vertreten sind. Auch das Büro wird den Bericht erhalten.

Mühlemann: Ich unterstütze diese Vorschläge. Man sollte mit den beiden Bundesräten besprechen, wie die aussenpolitischen Kommissionen besser in die aussenpolitische Arbeit eingebunden werden können. Unsere Aussenpolitik kann doch nicht darin bestehen, sich nach der Reise einer Irak-Gruppe nur noch gegenseitig zu beschimpfen. Das aussenpolitische Tummelfeld darf nicht dem innenpolitischen gleichen. Solche grundsätzlichen Fragen sollten besprochen werden.

Der Präsident sollte darauf bestehen, bei der Orientierung heute nachmittag das Wort ergreifen und über seine Eindrücke von Brüssel berichten zu können. Am Freitag wird offenbar das bilaterale Verkehrsabkommen nun doch abgeschlossen. Das ist sehr positiv, niemand weiss aber etwas davon.

Präsident: Wenn die Kommission den Vorschlag unterstützt, werde ich den entsprechenden Vorstoss machen, damit ich Gelegenheit erhalte, über unser Seminar zu berichten.

Portmann: In unserer Verfassung sind einander konkurrenzierende Zuständigkeiten von Parlament und Bundesrat bezüglich der Aussenpolitik festgelegt. Sobald man aber versucht, diese Situation anhand eines parlamentarischen Vorstosses zu klären, sind sich die Mitglieder der aussenpolitischen Kommission nicht mehr einig, ob sich die Zuständigkeiten tatsächlich konkurrenzieren. Unsere Kommission sollte entweder entsprechende Vorstösse unterstützen oder selbst einen Vorstoss einreichen, damit diese Situation geklärt werden kann.

Präsident: Das Büro des Nationalrates vertritt gemäss Kommuniké die Auffassung, die zuständigen Gremien des Parlamentes seien vom Bundesrat und den Irak-Delegationen, die zwar privat nach Irak reisten, nicht genügend informiert worden. In diesem Zusammenhang wird eine Überprüfung der Zuständigkeiten der entsprechenden parlamentarischen Gremien und des Parlamentes überhaupt in der Aussenpolitik verlangt. Diese Fragestellung erörterte die aussenpolitische Kommission vor vier oder fünf Jahren in einem Seminar. Man kam damals zum Schluss, die Bundesverfassung habe die konkurrenzierenden Möglichkeiten von Parlament und Bundesrat bewusst festgeschrieben.

Burckhardt: In der Revision der Parlamentsorganisation kommt das Thema der Zuständigkeit des Parlamentes in der Aussenpolitik explizit zur Sprache. Es wäre deshalb wichtig, jetzt eine Aussprache führen zu können.

Dietrich: Wir müssen bezüglich der Information des Volkes Prioritäten setzen. Ich stellte wiederholt den Antrag, der Bundesrat solle jemanden einsetzen, der diese Terminologie in die Sprache des Volkes übersetzt. Das ist bisher nicht geschehen. Es müsste eine staatsbürgerliche Weiterbildungsoffensive stattfinden. Die elektronischen Medien, insbesondere Fernsehen DRS, unternehmen in dieser Beziehung fast nichts. Der Bundesrat und das Parlament sollten verlangen, dass die Medien auf das Anliegen dieser Weiterbildung eingehen. Einzig der SMUV unternimmt etwas in dieser

Richtung: Er gab für seine Mitglieder eine hervorragende kleine Broschüre heraus.

Fragen Sie doch einmal auf der Strasse oder in den Parteiversammlungen: Niemand weiss, was ein Europarat, was ein Gerichtshof, was die EG ist.

Präsident: Das Anliegen von Kollege Dietrich ist berechtigt. Ich zeigte die Broschüre des SMUV bereits dem Bundesrat. Solche Informationsmittel sollten geschaffen werden. Diesen Punkt können wir anlässlich der Aussprache mit den Bundesräten vorbringen.

Frau Bäumlin: Nach Lektüre des Berichtes bedauerte ich, dass ich in Brüssel nicht dabei war. Gerade die Zwischentöne des Berichtes waren für mich interessant, sie wurden aber heute zum Teil korrigiert. Die Unklarheit der Situation ist wahrscheinlich teilweise verantwortlich für die Unlust des Volkes, Europa wahrzunehmen. Nichts ist sicher; hätte die Reise einen oder zwei Monate später stattgefunden, wären andere Zwischentöne hörbar geworden. Auch die Sprachregelungen sind offenbar im Fluss. Das Volk wartet, bis die Lage klarer wird.

Nicht nur die Gewerkschaften orientieren ihre Basis. Auch wir informieren in unseren Sektionen; ich wurde schon wiederholt eingeladen, zum Integrationsprozess Stellung zu nehmen. Auffällig war, dass jeweils wenig Leute kamen und die anwesenden Befürchtungen äusserten. Die Integration stellt für viele vor allem eine Bedrohung dar.

Ich habe angenommen, die heutige Sitzung stehe in engem Zusammenhang mit der Orientierung von heute nachmittag. Für mich war klar, dass die Kommission über dieses Seminar berichten wird. Sollte das nicht vorgesehen sein, möchte ich den Präsidenten sehr ermutigen, das Wort zu ergreifen.

Präsident: Ich fasse zusammen: Wir haben erstens beschlossen, wer den Bericht erhalten soll. Zweitens soll eine Delegation unserer Kommission eine mindestens eine Stunde dauernde Aussprache mit den Bundesräten Felber und Delamuraz halten. Drittens werde ich mich bemühen, heute nachmittag das Wort zu ergreifen, um von unserer Brüsseler Tagung zu berichten.

Ein vierter Punkt: Offenbar ist die Kommission einhellig der Meinung, wir sollten den Antrag stellen, die Delegation für die Beziehungen zum Europäischen Parlament und die EFTA-Delegation zusammenzulegen. Kollege Wyss wies schon auf die fehlende Koordination zwischen den beiden Delegationen hin. Die Delegationen selbst äusserten ebenfalls diesen Wunsch. Kollege Miville hat ein entsprechendes Postulat im Ständerat eingereicht. In einem Brief an das Büro könnten wir ausdrücken, dass auch wir dieses Anliegen unterstützen.

Wyss Paul: Die Delegation für die Beziehungen zum Europäischen Parlament und die EFTA-Delegation war gleichzeitig in Luxemburg, ohne Verbindung zu einander. Neben diesen zwei Delegationen haben wir die aussenpolitische Kommission und die Mitglieder des Europarates. Es gibt also vier Überschneidungsmöglichkeiten. Wir müssten - so mein Antrag - das Problem der vierfachen Überschneidung - oder Vierspurigkeit - angehen.

Ein zweiter Antrag: Wenn ich an einer Sitzung der EFTA-Delegation nicht teilnehmen kann, kann mich niemand vertreten. Deshalb ist die Schweiz meistens untervertreten. In Genf waren wir nur zwei Vertreter der Schweiz, alle andern Länder waren mit fünf Parlamentsmitgliedern vertreten, die Liechtensteiner waren zu dritt. In Luxemburg waren wir zu dritt, die Liechtensteiner ebenfalls. Die Parlamentarier der andern Länder verstehen nicht, warum wir nicht besser vertreten sind, obschon wir Ausnahmen durchsetzen wollen. Wir können offenbar keine Ersatzleute stellen. Jede Partei sollte

noch einen Stellvertreter bestimmen. Ich lege Wert darauf, dass unsere Kommission diesen Antrag rasch stellt. Übernächsten Donnerstag findet in Genf eine Sitzung statt mit den Ministern. Wir sollten präsent sein, auch wenn im Parlament wichtige Geschäfte beraten werden. Wir werden sicher wieder nur zu zweit oder dritt sein, weil im Nationalrat der PUK-Bericht am gleichen Tag beraten wird.

Präsident: Man könnte die beiden Delegationen zusammenlegen, denn die Materie ist heute fast gleich. Sie könnten zwei Sektionen bilden. Man hätte dann auch bessere Vertretungsmöglichkeiten.

Wyss Paul: Wir sollten das Problem grundsätzlich angehen und nicht nur die Delegationen zusammenlegen.

Präsident: Wir werden den Brief an das Büro in diesem Sinn abfassen.

Portmann: Ich möchte anregen, mit einem Gesuch an die Erziehungsdirektorenkonferenz zu beantragen, dass eine didaktische Broschüre im Sinne des Vorschlags von Herrn Dietrich ausgearbeitet wird. Wir könnten gleichzeitig bitten, dass ab dem nächsten Jahr eine solche Broschüre in den Schulen im Geschichtsunterricht behandelt wird.

Präsident: Diese Anregung ist prinzipiell zu begrüßen. Es fragt sich aber, ob wir als Kommission direkt an die Erziehungsdirektorenkonferenz gelangen oder das Anliegen besser dem Bundesrat unterbreiten sollten, der seinerseits aktiv werden kann.

Welche Kommissionsmitglieder werden in der Delegation vertreten sein? - Herr Dietrich, Frau Grendelmeier und Herr Burckhardt. Die Vertreter der andern Parteien werden später bestimmt. Die Delegation sollte noch während der Session mit den Bundesräten sprechen können.

Wir werden uns bei Herrn von Tschärner für die ausgezeichnete Betreuung durch die Schweizerische Mission bedanken und ihm ein Exemplar des Berichtes zustellen.

Die nächste Sitzung findet statt am 28. Januar 1991 um 16.00 Uhr mit Fortsetzung am 29. Januar. Zuerst werden wir die parlamentarische Initiative Petitpierre, Caccia und Sager weiterbehandeln. Danach folgt eine Orientierung über die Projekte zur Beratung von Parlamentariern in Osteuropa. Wir werden weiter über unsere Absicht sprechen, nächstes Jahr in Osteuropa ein Seminar über die Osteuropa-Hilfe abzuhalten. Das Departement will dafür keine Mittel zur Verfügung stellen. Am nächsten Morgen beraten wir das Gesetz über das Wahlrecht für Auslandschweizer. Weiter wird uns der Bundesrat über Aktuelles und Verschiedenes orientieren.

Am 11. Februar 1991 werden wir, gemäss Wunsch der Kommission, gemeinsam mit der Wirtschaftskommission eine Aussprache führen über den Zwischenbericht des Bundesrates über die europäische Integration, der gestern verteilt wurde. Am 12. Februar werden wir über zwei Auslieferungsabkommen sprechen (Philippinen und USA). Das Büro teilte uns weiter eine parlamentarische Initiative Jäger zu über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft.

Wyss Paul: Es ist wichtig, dass wir an dieser Sitzung über den aktuellen Stand informiert werden. Der heute vorliegende Bericht wird im Februar in vielen Teilen wahrscheinlich überholt sein.

Burckhardt: Offenbar will man aus Gründen der Sparsamkeit der aussenpolitischen Kommission Auslandsreisen erschweren. Es wäre aber gut, selbst an Ort zu sein und nicht nur von der Schweiz aus das Ausland zu betrachten. Wir sollten deshalb insistieren, dass die Mittel für die Reise nach Osteuropa bereitgestellt werden. Die guten Erfahrungen von Brüssel bestärken mich in dieser Haltung.

Auer: Wir müssen das Büro um Reiseerlaubnis fragen, nicht den Bundesrat. Wir bitten den Bundesrat nur darum, uns seine Leute im Ausland für logistische Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Diese Frage wird an der Aussprache mit den Bundesräten zur Sprache kommen. Viele von uns reisen privat ins Ausland und arbeiten auch für das Parlament. Die Kosten tragen wir selbst. Deshalb sollte man für einen Anlass pro Jahr keine Schwierigkeiten machen.

Schluss der Sitzung um 8.00 Uhr
La séance est levée à 8.00

NATIONALRAT

Brüssel, den 14. November 1990

PressemitteilungEuropa-Seminar der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats

Mitten in einer kritischen Phase der Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) führte die aussenpolitische Kommission des Nationalrates unter dem Vorsitz von Nationalrat Martin Bundi (GR) vom 12. bis 14. November in Brüssel ein Seminar über Europa-Fragen durch. Mit Hilfe der von Botschafter Benedikt von Tscherner geleiteten Schweizerischen Mission bei den Europäischen Gemeinschaften erbrachte die Tagung einen wertvollen Erfahrungsaustausch mit Vertretern des EG-Ministerrats, der EG-Kommission und des Europäischen Parlaments. Im Vordergrund stand eine vertiefte Beurteilung der Chancen und Risiken der Europapolitik auch für unser Land.

Als besonders aufschlussreich erwies sich dabei die Aussprache mit Generaldirektor Horst Günter Krenzler, der als Chef-Unterhändler der EG-Kommission für den EWR-Vertrag eine Schlüsselstellung innehat. Die Diskussion mit ihm wie mit anderen Vertretern der EG zeigte, dass diese nach wie vor ein grosses Interesse bekundet, den Europäischen Wirtschaftsraum zu realisieren. Der EWR soll die Freiheit des Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie die Freizügigkeit der Personen verwirklichen und damit den EFTA-Staaten Zugang zum Binnenmarkt verschaffen. Diese Kooperation mit den wirtschaftlich hochentwickelten EFTA-Staaten hat für die EG grösseres Gewicht als beispielsweise die Gestaltung der Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas, mit welchen ein Assoziierungskonzept, basierend auf Freihandelsverträgen, verwirklicht werden soll. Die EG hat zur Kenntnis genommen, dass einzelne EFTA-Staaten einen EWR-Vertrag möglicherweise als Vorstufe für einen EG-Beitritt betrachten, wobei sie festhält, dass Beitrittsverhandlungen nicht vor Anfang 1993 aufgenommen werden und eine Erweiterung erst einige Jahre später in Kraft treten könnte.

Der erfolgreiche Abschluss des EWR-Vertrages brächte den EFTA-Staaten und damit auch der Schweiz die wirtschaftlichen Vorteile des Binnenmarktes, mit wesentlich geringeren politischen Konsequenzen als bei einem Beitritt zur Gemeinschaft. Auch bleibt die Landwirtschaftspolitik nicht berührt, ebensowenig die Neutralitätsfrage. Ausnahmeregelungen für wichtige schweizerische Anliegen, z.B. auf dem Gebiet der Ausländerpolitik, des Grundstückserwerbs oder des Umweltschutzes sollten im allseitigen Interesse zu erreichen sein. Ueber den Güterverkehr auf Schiene und Strasse wird separat und bilateral verhandelt.

Besonders wichtiges und schwieriges Neuland betreten die Verhandlungspartner im rechtlich-institutionellen Bereich, namentlich was die gemeinsame Verwaltung, die Ueberwachung und Weiterentwicklung des EWR-Rechtes anbelangt. Im Zentrum dürfte

ein Kooperationsorgan stehen, das von allen Vertragsparteien in gleicher Weise angerufen werden kann. Ein rechtlicher Zwang zur Uebernahme von weitergehendem EG-Recht durch die EFTA-Staaten entsteht auf diese Weise nicht. Auch die interne Autonomie der EG-Beschlussfassung bleibt unberührt.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats gewann bei ihrem Besuch in der EG-Zentrale den Eindruck, dass die EWR-Verhandlungen bei allseitigem gutem Willen zum Erfolg geführt werden können. Sie hofft, dass es der EFTA-Verhandlungsdelegation gelingen wird, die realistischen gemeinsamen Zielsetzungen zu erreichen. Sie hält es für wichtig, dass die Schweiz auch hier einen sinnvollen politischen Beitrag zur Gestaltung Europas erbringt.

Conseil national

Bruxelles, le 14 novembre 1990

Communiqué de presseSéminaire européen de la Commission des affaires étrangères du Conseil national

Au milieu d'une phase critique des négociations sur l'Espace économique européen (EEE), la Commission des affaires étrangères du Conseil national, sous la présidence du Conseiller national Martin Bundi (GR), a tenu un séminaire sur des questions européennes à Bruxelles du 12 au 14 novembre 1990. Avec l'aide de la Mission suisse auprès des Communautés européennes, dirigée par l'Ambassadeur Bénédict de Tscharner, cette réunion a permis des échanges de vues d'une grande valeur avec des représentants du Conseil des ministres, de la Commission des CE ainsi que du Parlement européen. Au premier plan figurait un examen approfondi des chances et des risques de la politique européenne de la Suisse.

Un entretien avec le Directeur général Horst Günter Krenzler, qui en tant que négociateur en chef de la Commission des CE pour le traité EEE occupe une position clé, s'est avéré particulièrement intéressant. Des discussions avec M. Krenzler, ainsi qu'avec d'autres représentants de la CE, il est clairement apparu que celle-ci continue à porter un grand intérêt à la création de l'Espace économique européen. Ce dernier doit réaliser la libre circulation des biens, des services, des capitaux et des personnes et donner aux pays de l'AELE accès au marché intérieur. Cette coopération avec ses voisins immédiats, pays économiquement très avancés, n'a pas, pour la Communauté, une priorité moindre que, par exemple, la définition de ses relations avec les pays d'Europe centrale et de l'Est, avec lesquels elle a l'intention de mettre en oeuvre une association basée sur des accords de libre-échange. La CE a pris acte du fait que certains pays de l'AELE pourraient considérer un traité EEE comme une phase préparatoire à une adhésion. Elle a cependant affirmé à maintes reprises que des négociations sur une adhésion ne pourraient commencer avant le début de 1993, ce qui fait qu'un éventuel élargissement n'entrerait en vigueur que quelques années plus tard.

La conclusion du traité sur l'EEE apporterait aux pays de l'AELE, et donc à la Suisse, les avantages économiques du marché intérieur, avec des conséquences politiques substantiellement plus limitées qu'en cas d'adhésion à la Communauté. La politique agricole n'est pas touchée, ni d'ailleurs non plus la question de la neutralité. Des solutions spéciales pour des problèmes particuliers qui se posent à la Suisse, par exemple dans le domaine de la politique des étrangers, de l'acquisition de biens immobiliers ou de la protection de l'environnement, devront être trouvées. Le transport des marchandises par rail et par route fait l'objet de négociations séparées, bilatérales.

Les négociateurs doivent innover en matière institutionnelle et juridique, domaine nouveau particulièrement important et difficile. Celui-ci concerne notamment la gestion, la surveillance et le développement en commun du droit de l'EEE. On trouvera probablement au centre de ces institutions un organe de coopération, qui pourra être saisi par toutes les parties contractantes dans des conditions identiques. Les décisions au niveau de l'EEE devant se prendre par consensus, il n'en résultera pour les pays de l'AELE aucune contrainte juridique d'accepter un nouveau droit communautaire. En même temps, l'autonomie décisionnelle à l'intérieur de la CE restera sauvegardée.

La Commission des affaires étrangères du Conseil national est arrivée à la conclusion, lors de sa visite, que les négociations EEE peuvent, avec la bonne volonté de toutes les parties concernées, conduire à un succès. Elle espère que la délégation suisse aux négociations pourra atteindre les objectifs que le Conseil fédéral lui a fixés. Elle estime qu'il est important que la Suisse réussisse à apporter, là également, une contribution appropriée à la construction européenne.